

Handschrift der CSU-Landesgruppe

HALBZEITBILANZ DER GROSSEN KOALITION

17.07.2015

In wenigen Wochen wird die erste „Halbzeit“ der Legislaturperiode vorbei sein. Die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD hat viel erreicht. Der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist es dabei gelungen, auf vielen wichtigen Vorhaben die Handschrift der CSU zu hinterlassen.

1. Solide Finanzen

Solide Finanzen sind unerlässlich für effizientes Wirtschaften. Bereits im Jahr 2014 – und damit ein Jahr früher als geplant – haben wir die Schwarze Null erreicht. Der Bundeshaushaltsplan 2016 und die mittelfristige Finanzplanung schreiben diese Entwicklung fort.

- ♦ In den Koalitionsverhandlungen haben sich CDU und CSU dafür stark gemacht, dass keine Steuererhöhungen festgeschrieben wurden. Dieses Versprechen haben wir eingehalten.
- ♦ Aufgrund der soliden Haushaltsslage ist es sogar gelungen, die Bürger zu entlasten. Die Entlastung umfasst den Abbau der Kalten Progression, die Erhöhung des Alleinerziehendenfreibetrags um fast 50 Prozent auf 1.908 Euro sowie die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags. Zudem haben wir den Grundfreibetrag im Jahr 2015 um 118 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180 Euro angehoben. Durch diese Maßnahmen werden die Leistungsträger besser gestellt und Familien entlastet. Zentrale Forderungen der CSU-Landesgruppe sind umgesetzt, 5 Milliarden Euro geben wir den Bürgern zurück.
- ♦ Die Lage in Griechenland hat in den letzten Wochen viele Wendungen erfahren. Hier muss auch weiterhin klar sein, dass Solidarität keine Einbahnstraße sein kann. Unterstützung kann nur gewährt werden, wenn auf griechischer Seite auch eigene Leistungen und Bemühungen sowie die Übernahme von Verantwortung sichergestellt werden.

2. Schutz für Schutzbedürftige

Der größte Flüchtlingsstrom seit dem Zweiten Weltkrieg stellt Bund, Länder und Kommunen vor enorme Herausforderungen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich für eine ausgewogene Flüchtlingspolitik ein, die deutlich zwischen denjenigen unterscheidet, die Hilfe benötigen und denjenigen, die das Asylsystem zur illegalen Zuwanderung missbrauchen wollen.

- ◆ Durch die Neuregelung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung kann die vorgenannte Trennung noch klarer vorgenommen werden. Integration wird gefördert, illegale Einreise und die Stellung von offensichtlich aussichtslosen Asylanträgen werden mit Wiedereinreisesperren sanktioniert.
- ◆ Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Serbien wurden bereits als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ist um Albanien, Montenegro und den Kosovo zu erweitern.
- ◆ 2014 und 2015 wurden im BAMF bereits 650 neue Stellen geschaffen. Im Nachtragshaushalt für das laufende Jahr sind die Mittel für 750 weitere Stellen und 250 Aushilfskräfte enthalten. Im Jahr 2016 werden weitere 1.000 Stellen dazu kommen. So können Asylanträge schneller bearbeitet und Altfälle abgebaut werden.
- ◆ Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Versorgung der Asylbewerber finanziell. In diesem Jahr beträgt die Unterstützung bereits eine Milliarde Euro.
- ◆ Zur Bekämpfung der Fluchtursachen hat der Bund für die Jahre 2016 bis 2019 insgesamt 8,3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.
- ◆ Weitere Maßnahmen müssen folgen: Diskutiert werden Informations- und Asylzentren in Nordafrika, die Wiedereinführung der Visumspflicht und die deutliche Verringerung von Anreizen für Asylbewerber, nach Deutschland zu kommen.

3. Generationenfreundliche Politik

Auch in den Bereichen Familie, Soziales und Gesundheit konnten wichtige Anliegen der CSU-Landesgruppe im Sinne einer vorausschauenden und generationenfreundlichen Politik umgesetzt werden.

- ◆ Im vergangenen Jahr wurde die Mütterrente eingeführt. Sie schließt weitgehend die Gerechtigkeitslücke bei der Bewertung von Erziehungszeiten zwischen älteren und jüngeren Frauen mit Kindern. Diese Anerkennung der Erziehungsleistung von ca. 10 Millionen Müttern war ein Kernanliegen der CSU-Landesgruppe in dieser Legislaturperiode.
- ◆ Zum 1. Januar 2015 wurde der Rentenbeitragssatz auf 18,7 Prozent abgesenkt. Dies war trotz der Einführung der Mütterrente möglich. In den Jahren 2013 und 2014 wurde der Rentenbeitragssatz bereits von 19,9 auf 18,9 Prozent abgesenkt. Dies führte zu einer deutlichen Entlastung der Beitragszahler.
- ◆ In Deutschland sind derzeit so wenige Menschen arbeitslos, wie seit November 1991 nicht mehr. Derzeit sind in Deutschland knapp 43 Millionen Menschen erwerbstätig, etwa 30,6 Millionen davon in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Nur rund 2,71 Millionen Menschen sind arbeitslos. Dies sind wichtige arbeitsmarktpolitische Erfolge, die auch auf die Politik der CSU-Landesgruppe zurückzuführen sind.
- ◆ Als Folge der guten Arbeitsmarktentwicklung ist bei der Bundesagentur für Arbeit bis Jahresende mit einem Überschuss von 1,9 Milliarden Euro zu rechnen.
- ◆ Durch das Engagement der CSU-Landesgruppe konnte bei der abschlagsfreien Rente mit 63 - durch den so genannten rollierenden Stichtag - eine neue Frühverrentungswelle verhindert werden. Danach werden Zeiten der Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren vor Beginn der abschlagsfreien Rente mit 63 nicht in die ausschlaggebenden Zeiten eingerechnet. Daneben haben wir bei der Rente ab 63 sichergestellt, dass freiwillige Beiträge von Selbständigen gegenüber Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht schlechter gestellt werden. Zudem wurde die Beschäftigung im Rentenalter erleichtert.
- ◆ Derzeit gibt es in Deutschland ca. 2,56 Millionen Pflegebedürftige. Aufgrund des demographischen Wandels wird diese Zahl in den nächsten Jahren noch zunehmen. Der CSU-Landesgruppe ist der Bereich Pflege daher ein wichtiges Anliegen. Es war deshalb wichtig, dass die Pflegeleistungen ab diesem Jahr um 4 Prozent

und die Zuschüsse für den Umbau von Wohnungen erhöht wurden. Zudem konnten deutliche Verbesserungen für Demenzkranke herbeigeführt werden. Für ein Pflegestellenförderprogramm sollen 660 Millionen Euro in drei Jahren bereitgestellt werden. Durch den neu eingeführten Pflegevorsorgefonds wurde für geburtenstarke Jahrgänge eine nachhaltige Finanzierungsbasis geschaffen.

- ◆ Bei der Familienpflegezeit konnte die CSU-Landesgruppe eine praxisfreundliche Ausgestaltung durchsetzen. Sie setzte sich erfolgreich dafür ein, kleinere Betriebe vor unnötiger Bürokratie zu schützen.
- ◆ Die Krankenkassen haben mehr Beitragsautonomie erhalten. Kassen, die zusätzliche Mittel benötigen, können einen prozentualen Zusatzbeitrag erheben. Gleichzeitig wurde ein Sonderkündigungsrecht für Versicherte bei Erhebung oder Erhöhung von Zusatzbeiträgen festgelegt. Dadurch wurde die Wahlfreiheit der Versicherten erhöht und die Beitragslast verstetigt.
- ◆ Trotz steigender Ausgaben konnte die gesamte Sozialversicherung im Jahr 2014 einen Überschuss erwirtschaften. Das heißt, gesetzliche Krankenversicherung (mit Gesundheitsfonds), gesetzliche Unfallversicherung, allgemeine Rentenversicherung und knappschaftliche Rentenversicherung, Alterssicherung der Landwirte, soziale Pflegeversicherung und Bundesagentur für Arbeit (mit Versorgungsfonds) haben zusammen einen Überschuss von 3 Milliarden Euro erreicht. Hier konnten die soliden Finanzen erhalten werden.
- ◆ Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wurde der Hausarztberuf attraktiver gemacht. Dadurch wollen wir die Hausarztversorgung im ländlichen Raum sichern stellen. Dazu gehört nicht nur die Aufhebung der Honorardeckelung bei Hausarztverträgen sondern auch die Förderung von 7.500 Weiterbildungsstellen in der Allgemeinmedizin und von bis zu 1.000 Weiterbildungsstellen bei grundversorgenden Fachärzten.

4. Wirtschaftsfreundliche Politik

Innovation und Investition sind wesentliche Faktoren für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Hier hat die CSU-Landesgruppe an vielen Stellen dafür gesorgt, dass Deutschland ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt.

- ◆ Besonders wichtig ist in diesem Bereich die Förderung von Bildung und Forschung. Seit 2005 wurde der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf aktuell über 15 Milliarden Euro verdoppelt. 2016 soll er auf über 16 Milliarden Euro steigen. Niemand soll aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten müssen. Deshalb werden mit der BAföG-Reform ab dem Schuljahr bzw. dem Wintersemester 2016/2017 u.a. Bedarfssätze, Wohnzuschlag, und Einkommensfreibeträge angehoben. Seit dem 1. Januar 2015 hat der Bund zudem die BAföG-Kosten komplett übernommen. Der Bund entlastet die Länder dadurch um rund 1,17 Milliarden Euro jährlich, so dass sie ihrer Finanzierungsverantwortung für Hochschulen und Schulen besser gerecht werden können.
- ◆ Für ein modernes Industrieland ist eine leistungsfähige Infrastruktur unerlässlich. Für die dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur stellen wir deshalb in dieser Legislaturperiode 5 Milliarden Euro zusätzlich bereit. Im Rahmen eines Investitionshochlaufs werden die Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur schrittweise von 10,5 Milliarden Euro in 2014 auf 14,5 Milliarden Euro in 2018 erhöht. Das BMVI erhält aus dem Investitionspaket der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2018 4,35 Milliarden Euro u.a. für Investitionen in Schienen, Straßen und Wasserstraßen.
- ◆ Zudem wird die Wirtschaft durch die so genannte Bürokratiebremse entlastet. Für jede neue Regelung, die Bürokratie verursacht, soll eine alte Regelung weichen. Die dadurch entstehende Entlastung in Höhe von 500 Millionen Euro soll insbesondere der mittelständischen Wirtschaft helfen.

- ◆ Aus dem Investitionspaket des Bundes werden 1,1 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Weitere 1,33 Milliarden Euro stehen nach der Versteigerung von Funkfrequenzen aus der Digitalen Dividende II für die Versorgung mit leistungsfähigem Breitbandinternet zur Verfügung. Schnelles Internet für Stadt und Land ist ein Schlüsselanliegen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.
- ◆ Der Mindestlohn soll praxistauglicher gestaltet werden. Dazu gehören für uns zum Beispiel die Verringerung der Aufzeichnungspflichten für beschäftigungintensive Unternehmen wie in der Hotellerie und Gastronomie oder die Befreiung mitarbeitender Familienangehöriger von der Dokumentationspflicht. Ohne das Drängen der CSU-Landesgruppe wäre es hier nicht zu einer Erleichterung für die Unternehmen gekommen. Beim Mindestlohn sollte aber noch mehr geschehen. Wir sehen weiterhin Korrekturbedarf, zum Beispiel beim Ehrenamt und der Nachunternehmerhaftung.
- ◆ Bei der Reform der EU-Direktzahlungen an unsere Bauern hat die CSU-Landesgruppe eine besondere Förderung von Junglandwirten sowie kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe durchgesetzt. Beides ist von essentieller Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer bäuerlichen Familienbetriebe.

5. Energiewende im Blick

- ◆ Mit der EEG-Novelle wurde der notwendige Rahmen geschaffen, um den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern und die Integration der Erneuerbaren Energien in den Strommarkt weiter voranzutreiben. Dabei konnten wir wichtige Forderungen durchsetzen, beispielsweise eine Stärkung des Bestandsschutzes bei Biomasse und Geothermie sowie eine bessere Förderung der Wasserkraft.
- ◆ In einem weiteren Schritt konnten wir außerdem erreichen, dass die Energiewende bürgerfreundlich umgesetzt und die Versorgungssicherheit in Bayern gewährleistet wird. Der Erdverkabelung wird klar der Vorrang eingeräumt, Unterfranken wird nicht zum Trassendrehkreuz. Im Vergleich zu früheren Planungen wurden die notwendigen neuen Leitungskilometer um fast 95 Prozent reduziert. Bayern wird zwei neue Gaskraftwerke erhalten und der Fortbetrieb des hochmodernen Gaskraftwerks in Irsching wird sichergestellt.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe nimmt die Klima- und Umweltpolitik für zukünftige Generationen ernst. Erst auf unseren massiven Druck wurde vereinbart, dass die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung nun endlich umgesetzt werden soll. Dabei wird der Handwerkerbonus nicht aufgegeben.

6. Entlastung für die Kommunen

Der Bund hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, um die Kommunen zu entlasten. Dazu gehört unter anderem die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die allein im Jahr 2014 zu einer zusätzlichen Entlastung von 1,6 Milliarden Euro geführt hat.

- ◆ Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Versorgung der Asylbewerber finanziell. In diesem Jahr beträgt die Unterstützung bereits eine Milliarde Euro. Ab dem kommenden Jahr wird er sich strukturell und dauerhaft an den Kosten beteiligen.
- ◆ Eine deutliche Entlastung erhalten die Kommunen dadurch, dass der Bund den Ausbau der Kleinkindbetreuung fördert, obwohl die Zuständigkeit hierfür eigentlich bei den Ländern liegt. Die Förderung läuft seit 2008 und hat mittlerweile 5,4 Milliarden Euro erreicht. Der Bund beteiligt sich auch an den Betriebskosten für Kitas. Ab 2015 wird die Beteiligung bei jährlich 845 Millionen Euro liegen, in den Jahren 2017 und 2018 bei 945 Millionen Euro.

- ♦ Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird der Bund sich auch an den Kosten der Eingliederungshilfe (Hilfe für Behinderte) beteiligen. Dafür entlastet der Bund in den Jahren 2015 und 2016 die Kommunen bereits zusätzlich um je eine Milliarde Euro. Im Jahr 2017 werden es 2,5 Milliarden sein. Ab dem Jahr 2018 wird der Bund die Kommunen dann um 5 Milliarden Euro jährlich entlasten.

7. Verlässlicher Partner in der Außen- und Verteidigungspolitik

Weltweit gibt es Krisen und Konflikte, die unsere Außen- und Verteidigungspolitik vor Herausforderungen stellen.

- ♦ In der Ukraine-Krise hat die CSU-Landesgruppe die Vermittlungsbemühungen der Bundesregierung unterstützt.
- ♦ Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden internationalen Sicherheitslage braucht Deutschland eine moderne und leistungsfähige Armee. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Verteidigungsetat in der mittelfristigen Finanzplanung deutlich erhöht wurde.
- ♦ Die Bedrohungen, denen Deutschland heute ausgesetzt ist, haben sich gewandelt. Die Bundeswehr hat sich verändert. Deshalb ist es wichtig, dass wir ein neuen Weißbuchprozess angestoßen haben. Die Vorschläge der Rühe-Kommission sollten zügig umgesetzt werden, damit die Bundeswehr auch weiterhin ein zuverlässiger Partner in Verteidigungsbündnissen sein kann.
- ♦ Die Entscheidung des BMVg, das Luftabwehrsystem MEADS zur Serienreife zu bringen, für die sich die CSU-Landesgruppe eingesetzt hat, garantiert Deutschland sicherheitspolitische Souveränität und ist zugleich ein wichtiges Signal für den Standort Deutschland: Wertvolles Know-How und zahlreiche Arbeitsplätze, vor allem in Bayern, werden gesichert.
- ♦ Die Entwicklung und Produktion der neuen europäischen Weltraumrakete ARIANE 6 gewährleisten Europas Zugang zum All. Technologische Kompetenzen bei den Raumfahrtstandorten in Deutschland werden gesichert und weiterentwickelt. Auf unser Betreiben ist es gelungen, wesentliche Teile der Wertschöpfung in Bayern zu behalten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die CSU-Landesgruppe hat sich erfolgreich für wesentliche Kernanliegen eingesetzt:

- ♦ Chancen statt Schulden: Solide Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung.
- ♦ Entlastung der Leistungsträger und Familien: Abbau der Kalten Progression, Erhöhung des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende.
- ♦ Investitionen in die Zukunft: Investitionen in Verkehrswege, Bildung und Forschung.

Die CSU-Landesgruppe wird diese erfolgreiche Arbeit auch in der zweiten „Halbzeit“ der Legislaturperiode konsequent fortführen.